

Weg mit dem Fed

Autor(en): **Paul, Ron**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **89 (2009)**

Heft 969

PDF erstellt am: **18.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-168270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die lockere Geldpolitik der amerikanischen Notenbank führt zu einer finanziellen Erosion der USA. Sagt der Abgeordnete Ron Paul – und will die Notenbank abschaffen. Wir drucken eine seiner Kongress-Reden ab.

Weg mit dem Fed

Ron Paul

Verehrte Frau Präsidentin, ich ergreife das Wort, um ein Gesetz einzubringen, das der amerikanischen Wirtschaft durch die Aufhebung des Federal Reserve Boards (Fed) finanzielle Stabilität zurückgeben soll. Seit es das Federal Reserve Board gibt, sind Mittel- und Arbeiterklasse-Amerikaner durch eine zwischen Extremen hin- und hergezwungene Geldpolitik zu Schaden gekommen. Darüber hinaus haben die meisten Amerikaner infolge der Inflationspolitik des Federal Reserve Boards eine ständige Erosion ihrer Kaufkraft erlitten, was eine zwar verdeckte, aber nicht weniger wirkliche, dem amerikanischen Volk auferlegte Steuer darstellt.

Von der Grossen Depression über die Stagflation der 1970er Jahre bis hin zur gegenwärtigen, durch die Immobilienblase ausgelösten Wirtschaftskrise kann jeder der von unserem Land erlittenen Abschwünge des vergangenen Jahrhunderts direkt auf die Fed-Politik zurückgeführt werden. Diese hat ohne Unterlass die Wirtschaft mit billigem Geld

Die Abschaffung des Fed
wird es dem Kongress
ermöglichen, sich der ihm
verfassungsmässig zustehenden
Gewalt über die Geldpolitik
wieder zu bemächtigen.

überschwemmt. Die Konsequenzen davon sind Fehlallokation der Ressourcen und künstlich herbeigeführte Booms, auf die dann Rezessionen oder Depressionen folgen, wenn jeweils die vom Fed geschaffene Blase platzt.

Mit einer stabilen Währung werden die amerikanischen Exporteure nicht weiter der Drangsal einer erratischen Geldpolitik unterworfen sein. Ferner wird eine stabile Währung den Amerikanern die Lust am Sparen zurückgeben, da sie nicht länger die Erosion ihrer Ersparnisse durch Inflation zu fürchten haben. Diejenigen Mitglieder dieses Hau-

ses, denen an einer Steigerung der Exporte gelegen ist oder die sich über die missliche Sparrate Sorgen machen, sollten diesen Gesetzesvorschlag mit Begeisterung unterstützen.

Während die Fed-Politik dem Durchschnittsamerikaner schadet, nützt sie denen, die sich der Geldzyklen zu bedienen vermögen. Die Hauptnutznießer sind diejenigen, die Zugang zum künstlich aufgeblähten Geld oder Kredit haben, bevor die inflationären Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft durchschlagen. Ebenfalls von Vorteil ist die Fed-Politik für verschwenderische Politiker, denen die durch das Fed bewirkte Inflation der Währung hilft, die wahren Kosten des Wohlfahrts- und Kriegführungsstaates zu kaschieren. Für den Kongress ist nun die Stunde gekommen, Sonderinteressen und den eigenen Hunger nach immer grösserer Regierungsmacht hintanzustellen und den Interessen des amerikanischen Volkes zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Abschaffung des Federal Reserve Boards wird es dem Kongress ermöglichen, sich der ihm verfassungsmässig zustehenden Gewalt über die Geldpolitik wieder zu bemächtigen. Die Verfassung der Vereinigten Staaten überträgt dem Kongress die Befugnis zur Geldprägung und Festlegung des Geldwertes. Dabei jedoch ermächtigt die Verfassung den Kongress in keiner Weise, die Kontrolle über die Geldpolitik an eine Zentralbank abzutreten. Noch lässt sich in der Verfassung eine Ermächtigung der Bundesregierung finden, den amerikanischen Lebensstandard auf dem Weg inflationärer Geldpolitik zu untergraben.

In Tat und Wahrheit sollte das die Geldpolitik regelnde Verfassungsmandat des Kongresses ausschliesslich eine durch stabile Sachwerte, wie Gold und Silber, gedeckte Währung als gesetzliches Zahlungsmittel zulassen. Daher wird die Abschaffung des Federal Reserve Boards und die Rückkehr zu einem verfassungskonformen System es Amerika ermöglichen, zu der Art von Währungssystem zurückzufinden, wie es von den Gründern der Republik intendiert war: einem System mit – dank der Bindung an einen Sachwert wie Gold – stabilem Geldwert. Ein solches Währungssystem ist die Grundlage einer tatsächlich freien Marktwirtschaft.

Zum Schluss, Frau Präsidentin, fordere ich meine Kollegen auf, für die arbeitenden Amerikaner dadurch einzutreten, dass sie sich meiner Gesetzesvorlage zur Abschaffung des Federal Reserve Boards anschliessen, durch die jener Manipulation der Geldversorgung ein Ende gesetzt wird, die den amerikanischen Lebensstandard aushöhlt, die Regierung aufbläht und den Eliten mit den richtigen Verbindungen zu mehr Reichtum verhilft.

aus dem Amerikanischen übersetzt von Reinhart R. Fischer

RON PAUL, geboren 1935, ist amerikanischer Arzt, Mitglied der Republikanischen Partei und derzeit Abgeordneter im Repräsentantenhaus. Bei diesem Text handelt es sich um seine Wortmeldung im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten vom 4. Februar 2009, zwecks Einbringung der Federal Reserve Board Abolition Act, H.R. 833.